

Die Stadt storniert ihre Bestellung von leicht brennbaren Ikea-Häuschen

ASYL Nachdem die «Better Shelter»-Hüttchen beim Brandtest durchgefallen sind, reagiert das Sozialdepartement. Für die 70 Flüchtlinge am Rosenberg muss eine Alternative her, am Konzept und an der Anzahl Plätze ändert sich aber nichts.

Das Video der Kantonalen Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) ist kurz, aber eindrücklich: Ein Mitarbeiter entfacht in einer «Better Shelter»-Hütte ein Feuer. Die Flammen greifen vom Innern rasch auf die dünne Fassade aus Kunststoff und Aluminium über. Das Dach löst sich innert Sekunden ganz auf – nach etwas mehr als drei Minuten ist die Hütte abgebrannt.

Schon in wenigen Tagen hätten die Hütten, die von der Ikea-Stiftung mitentwickelt wurden und in vielen Krisenregionen im Einsatz sind, in der Messehalle in Oerlikon 250 Flüchtlingen Unterschlupf gewähren sollen. Nach dem Brandsturztest werden sie nun wieder abgebaut und höchstwahrscheinlich durch Holzhäuschen ersetzt.

Auch in Winterthur war der Einsatz der Hütten geplant. Als sich das Sozialdepartement und die reformierte Kirche kürzlich dazu entschieden, 70 Flüchtlinge in der leer stehenden Kirche Rosenberg unterzubringen, erschienen die «Better Shelter» als praktische und preisgünstige Unterkunftslösung.

Keine Kosten entstanden

Die Ergebnisse aus Zürich wurden deshalb auch hier aufmerksam registriert, und über das Wochenende wurde bereits entschieden. «Der Einsatz der sogenannten Ikea-Häuschen kommt aufgrund dieser Ergebnisse nicht mehr infrage», sagt Dieter P. Wirth, Leiter Soziale Dienste. Da die Weisungen der GVZ für den ganzen Kanton bindend sind, wird die hiesige Feuerpolizei auch

keine eigenen Brandschutztests mehr durchführen.

14 Häuschen hatte die Stadt in Schweden bereits bestellt, geliefert wurde allerdings noch nicht. «Die Bestellungen wurden umgehend storniert, Kosten sind uns keine entstanden», sagt Wirth.

Wirth und seine Mitarbeiter prüfen derzeit verschiedene Alternativen. Am Grundkonzept der geplanten Asylunterkunft am Rosenberg soll sich nichts ändern. «Es handelt sich weiterhin um abgetrennte Wohneinheiten innerhalb des beheizten Kirchenraums», sagt Wirth. «Auch die Anzahl der Plätze bleibt von dieser Veränderung unberührt.»

Die Sicherheit der Ikea-Hütten wurde auch schon in Schweden getestet. Dort stellte man keine Mängel fest. Die Ikea-Stiftung weist Kritik deshalb zurück; sie will den Bericht aus Zürich genau studieren. *Mirko Plüss*

ABGESCHLOSSENE RÄUME

In Neftenbach, wo Jürg und Karin Ryffel der Gemeinde Asylplätze in einem Gewerbehause in der Tössalmend zur Verfügung stellen, sind Ikea-Hütchen kein Thema. «Wir ziehen dort 11,5 Zentimeter dicke Wände hoch und bauen isolierte Räume mit Metalltüren ein, die wir später als Büros nutzen können», sagt Ryffel. In der ehemaligen Fruchthalle sollen in einem ersten Umbauschritt fünf Räume à 18 Quadratmeter für zehn Flüchtlinge entstehen. Die Eigentümer investieren dafür rund 80 000 Franken. *dt*



Es dauert nur Sekunden, und alles brennt schon lichterloh: Screenshot aus dem Video der kantonalen Gebäudeversicherung.

Der Stadtrat lässt sich Zeit und verunsichert die Kulturszene

SUBVENTIONEN In einem offenen Brief beklagt die Kulturlobby die Verzögerung bei den Kultursubventionen für das Jahr 2017.

Die Zukunft der städtischen Kultursubventionen ist offenbar ein schwieriges Geschäft. Spätestens am Ende Jahr rechnet die Subventionsempfänger mit einer Entscheidung des Stadtrates oder wenigstens einem ersten Hinweis auf die Höhe der künftig zur Verfügung stehenden Gelder. Die bestehenden Verträge sind noch bis Ende 2016 gültig, wie es danach weitergeht, ist ungewiss.

Ende der letzten Woche teilte ihnen die Stadt nun mit, dass die Neubearbeitung der Verträge noch nicht abgeschlossen sei und Mitte Januar vom Stadtrat wieder aufgenommen werde. Die geltenden Subventionsverträge waren bereits Ende 2013 ausgelaufen und im Januar 2014 quasi in letzter Minute vom Gemeinderat um drei Jahre verlängert worden.

Auf die neuerliche Verzögerung reagiert nun der Verein Kulturlobby Winterthur als Interessensvertreterin von über fünfzig Institutionen mit einem offenen Brief an die Adresse von Stadt- und Gemeinderat. Der Aufschub gefährde die Planungssicherheit, heisst es darin. Und diese sei erst kürzlich im städtischen Kultur-



Theater und Museen planen bereits für die Saison 2016/17. Im Bild der Eingang zum Kellertheater Winterthur in der Marktgasse. *Marc Dahinden*

leitbild als Ziel verankert worden. Theateraufführungen, Konzertprogramme und Ausstellungen für 2017 müssten bereits jetzt geplant werden. Erschwert oder verhindert würden zudem Anträge um Fördergelder von Bund und Kanton. Solche Beiträge erhält nur, wer auch von der Stadt unterstützt wird, wobei auch die Höhe des städtischen Betrages bei der Beurteilung der Gesuche eine Rolle spielt. Die Frist für Anträge bei Bund und Kanton laufe im

Februar aus, sagt Rolf Heusser, Mitgründer des Kinos Cameo und Vorstandsmitglied der Kulturlobby: «Uns läuft langsam die Zeit davon.»

Abwarten hat Tradition

Heusser kann sich die Verzögerung nicht erklären. Er kann sich aber an frühere Begründungen erinnern: «Zuerst wollte man das Kulturleitbild abwarten, im Frühling dann die Sparübung des Gemeinderats.» Nun befürchtet

Heusser, dass der Gemeinderat, der sich nach dem Stadtrat mit dem Geschäft befasst wird, seinerseits bis zur Verabschiedung des Budgets im Sommer zuwarten könnte.

Stadtpäsident und Kulturvorstand Michael Künzle (CVP) zeigt Verständnis für die Anliegen der Kulturinstitutionen: «Es ist nicht gut, dass wir die Frist erstrecken müssen.» Dass sich der Stadtrat mehr Zeit nehme, um über die Subventionsverträge zu diskutieren, zeige aber auch, «mit welcher Ernsthaftigkeit wir uns mit dem Thema auseinandersetzen».

Zur Verunsicherung in der Kulturszene tragen ferner Gerüchte bei, wonach die Anzahl der Antragsteller zugenommen hat. Laut nicht offiziell bestätigten Informationen liegen die gestellten Anträge für 2017 über eine Million Franken über dem zur Verfügung stehenden Budget von 2,8 Millionen. Diese Summe muss für alle Subventionsempfänger reichen – ausser das Musikkollegium, das Technorama und den Kunstverein, die derzeit zusammen rund 7,2 Millionen pro Jahr erhalten und über unbefristete Verträge verfügen.

Während der zu verteilende Kuchen zu Sparzeiten nicht grösser wird, gibt es auch Institutionen, die sich mit dem Erhalt des



«Uns läuft langsam die Zeit davon.»

Rolf Heusser,
Vorstandsmitglied
der Kulturlobby

Status quo nicht zufriedengeben können, weil sie ihr Angebot ausgebaut haben. Dazu zählt das Kino Cameo. Sein Vorgänger, das Filmfoyer, hat bisher von der Stadt 62 000 Franken erhalten. Das Cameo bietet nun zehnmal so viele Vorstellungen an und möchte neu von der Stadt 100 000 Franken, vom Kanton 30 000. Das im Herbst neu eröffnete Kino auf dem Lagerplatz finanziert seinen Betrieb zu einem Drittel mit öffentlichen Geldern. *dwo*

Neuer Direktor gesucht fürs Grossmuseum

FUSION Der Kunstverein Winterthur sucht einen neuen Direktor oder eine Direktorin. Ein Inserat war am Sonntag publiziert. Es geht einerseits um die Nachfolge von Dieter Schwarz im Kunstmuseum per Mitte 2017, und andererseits soll der neue Chef oder die neue Chefin auch den anderen Museen vorstehen, die ab 2016 unter dem Dach des Kunstvereins sind. Namentlich erwähnt im Inserat sind das Museum Oskar Reinhart sowie die darin integrierte Sammlung Briner; den Namen Villa Flora vermisst man jedoch. Noch ist nicht klar, ob die Flora als eigenständiges Museum überleben wird. In der Stellenausschreibung ist die Rede von einem «Gesamt-Museum mit Kunst vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart».

«Wirtschaftlich handeln»

Von der neuen Cheffperson wird erwartet, dass sie Ausstellungen und Sammlungsräume gestaltet, Führungserfahrung aus einem Museum mitbringt und das bestehende Team sozial kompetent leitet. Wichtig sei zudem die «Bereitschaft zum wirtschaftlichen Handeln» – was auch so gelesen werden kann: Sehr viel Geld steht vorderhand nicht zur Verfügung. Angestellt wird die neue Cheffperson vom Kunstverein, der seinerseits subventioniert wird. *mgm*